

---

Vorstoss-Nr: 076-2011  
Vorstossart: **Interpellation**

Eingereicht am: 22.03.2011

Eingereicht von: Grimm (Burgdorf, Grüne) (Sprecher/ -in)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit: Nein 31.03.2011

Datum Beantwortung: 26.10.2011  
RRB-Nr: 1752/2011  
Direktion: VOL

---

### **Volkswirtschaftliche Auswirkungen des BFH-Abzugs auf die Region Emmental/Oberaargau**

Der Regierungsrat hat beschlossen, den Standort Burgdorf der Berner Fachhochschule aufzugeben. Dieser Entscheid hat volkswirtschaftliche Konsequenzen, sowohl was die Arbeitsplätze als auch die weitere Entwicklung der Region Emmental/Oberaargau betrifft. Zudem steht sie im Widerspruch zur Wachstumsstrategie des Kantons, welche die Hauptverkehrsachsen Bern-Burgdorf-Langenthal und Thun-Bern-Biel-Moutier ausdrücklich stärken will. Ein attraktives Fachhochschulzentrum in Burgdorf, direkt am Bahnhof gelegen, wäre eine ausgezeichnete und naheliegende Stärkung der Region Emmental/Oberaargau.

Die Regierung wird ersucht, die folgenden Fragen zu beantworten:

1. Wie viele Vollstellen in welchen Gehaltsklassen gehen durch die Schliessung der BFH am Standort Burgdorf verloren (Verwaltung, Dozierende, Assistierende, Forschungsstellen, Gebäudeunterhalt/Technik, Kantine, Raumpflege etc.)?
2. Wie gross sind die übrigen volkswirtschaftlichen Auswirkungen auf die Region (Wegzug von Personen und Familien, Steuerausfälle, Standortnachteile, weil kein Hochschulstandort mehr etc.)?
3. Wie ist dieser Entscheid mit der kantonalen Regionalpolitik und der Wachstumsstrategie vereinbar, die «die Wettbewerbsfähigkeit im ländlichen Raum stärken, innovative Projekte unterstützen und die Regionen an der wirtschaftlichen Entwicklung teilhaben lassen will»?
4. Wie ist zu verstehen, dass der Volkswirtschaftsdirektor bei der angekündigten Schliessung der Roche Burgdorf als exzellenten Standort mit hohem Potenzial positionierte und dieselbe Stadt einen Monat später von der Regierung als „zu wenig urban“ und nicht gut erschlossen taxiert wird?
5. Hat die Regierung inzwischen eine neue Strategie für die Regionalpolitik entwickelt? Wie sieht diese aus?

*Es wird Dringlichkeit verlangt.*



## Antwort des Regierungsrates

Die vorliegende Interpellation bezieht sich auf den Entscheid des Regierungsrates vom 2. Februar 2011 zur Teilkonzentration der Berner Fachhochschule (BFH). Der Regierungsrat wird dem Grossen Rat in der Januarsession 2012 einen Bericht vorlegen, der die Fakten und Überlegungen hinter dem Entscheid des Regierungsrats detailliert darlegt<sup>1</sup>. Einzelne Aspekte der vorliegenden Interpellation werden darin ebenfalls angesprochen und vertieft behandelt. Bei den Antworten auf die Fragen 2 bis 4 werden die relevanten Abschnitte des Berichts erwähnt.

### Zu Frage 1:

Insgesamt sind am Standort Burgdorf rund 217 Vollzeitstellen vorhanden (Stand: 31. März 2011). Diese werden mit der Schliessung des Standorts Burgdorf mittelfristig in Burgdorf verloren gehen.

Gehaltsklasse	Anzahl Anstellungen	Beschäftigungsgrad (%)	Vollzeitstellen
2	10	415.0	4.2
4	1	100.0	1.0
8	1	20.0	0.2
10	2	70.0	0.7
11	1	60.0	0.6
12	7	370.0	3.7
13	12	1'080.0	10.8
14	8	710.0	7.1
15	6	545.0	5.5
16	21	1'525.0	15.3
17	4	280.0	2.8
18	55	3'548.8	35.5
19	22	1'634.6	16.3
20	17	1'107.2	11.1
21	9	565.0	5.7
22	5	410.0	4.1
23	32	1'054.9	10.5
24	81	5'715.0	57.2
25	11	1'065.0	10.7
27	1	100.0	1.0
Doktoranden	1	50.0	0.5
Lernende	11	1'100.0	11.0
Praktikanten	2	200.0	2.0
<b>Total</b>	<b>320</b>	<b>21'725.5</b>	<b>217.3</b>

Quelle: BFH Persiska Agent

### Zu Frage 2:

Quantitative Angaben über die volkswirtschaftlichen Auswirkungen der Teilkonzentration (z. B. Beschäftigungs- und Wertschöpfungseffekte) auf den Standort Burgdorf bzw. die Region Emmental-Oberaargau liegen keine vor. Eine Messung der volkswirtschaftlichen Effekte der BFH bzw. einzelner Standorte oder Departemente ist auch mit grossem Aufwand nicht zuverlässig machbar. Unter anderem auch deshalb, weil noch nicht klar ist, in welcher Form die vorhandenen Gebäude zukünftig genutzt werden. Diese Nachnutzung hat entscheidende Auswirkungen auf die volkswirtschaftlichen Auswirkungen (z. B. Zahl der Arbeitsplätze, Steuereinnahmen der natürlichen und juristischen Personen).

Vgl. dazu Abschnitt 3.1.1 des Berichts Standortkonzentration BFH.

<sup>1</sup> Standortkonzentration BFH – Bericht des Regierungsrats an den Grossen Rat

### **Zu Frage 3:**

Im Juni 2011 hat der Regierungsrat die «Wirtschaftsstrategie 2025» verabschiedet<sup>2</sup>. Sie löst die «wachstumsstrategie version 2007» ab, die mit dem «Controllingbericht zur Wachstumsstrategie» im Januar 2010 abgeschlossen wurde<sup>3</sup>. Der Entscheid zur mittelfristigen Konzentration der BFH entspricht den in der Wirtschaftsstrategie 2025 formulierten Absichten. Dabei geht es um die Förderung der vorhandenen Stärken (u. a. im Bereich Bildung, Forschung und WTT), wozu die BFH einen wichtigen Beitrag leisten kann.

Auf den ersten Blick widerspricht eine Konzentration der BFH den Zielen der Regionalpolitik. Die Regionalpolitik ist jedoch nur ein Aspekt unter gewichtigen anderen. Es geht bei der Konzentration nicht um eine Umverteilung unter den Regionen, sondern um einen strategischen Entscheid zur langfristigen Sicherstellung der wirtschaftlich relevanten Leistungen der BFH. Gelingt dies, dann profitiert der ganze Kanton – gelingt es nicht, dann verlieren die Standortregionen genauso wie die übrigen Regionen.

Vgl. dazu Abschnitt 3.2 des Berichts Standortkonzentration BFH.

### **Zu Frage 4:**

Burgdorf bietet eine hohe Standortattraktivität – sowohl als Wirtschafts- als auch als Wohnstandort. Der Entscheid des Regierungsrates zur Teilkonzentration der BFH stellt dies in keiner Weise in Frage. Grundlage für diesen Entscheid war eine umfassende Analyse der verschiedenen Standorte. Burgdorf wurde dabei mit Bern und Biel verglichen, die erwiesenermassen eine höhere Urbanität vorweisen und auch im Richtplan des Kantons Bern anders klassiert werden als Burgdorf. Diese Tatsache hatte folglich Auswirkungen auf die Kriterien Erreichbarkeit und die Urbanität, wobei Burgdorf – trotz guter Voraussetzungen – im Vergleich mit Bern und Biel weniger gut abschnitt. Die Beurteilung der Erreichbarkeit des Standorts Burgdorf wurde nachträglich korrigiert, hat aber keine weiteren Auswirkungen auf den Entscheid.

Vgl. dazu Abschnitt 4.3 des Berichts Standortkonzentration BFH.

### **Zu Frage 5:**

Der im Juni 2011 vom Regierungsrat zu Händen des Bundes verabschiedete Entwurf «Umsetzungsprogramm 2012 bis 2015 des Kantons Bern zur Neuen Regionalpolitik des Bundes»<sup>4</sup> bezweckt eine zielgerichtete Förderung der regionalen Stärken. Die Verhandlungen mit dem Bund über die neue Programmvereinbarung werden bis Ende 2011 abgeschlossen sein. Das kantonale Umsetzungsprogramm zur Neuen Regionalpolitik 2012 bis 2015 ist eine Weiterentwicklung und basiert auf den gemachten Erfahrungen sowie neuen Förderprogrammen der Regionen. Die bisherigen Handlungsachsen «Tourismus» und «Industrie» werden weiter geführt. Die neue Handlungsachse «Cleantech» ersetzt die Handlungsachse «Erneuerbare Energien». «Reformen» und «Innovative Angebote» werden neu in einer Handlungsachse zusammengefasst, die inhaltlichen Stossrichtungen werden jedoch beibehalten. Der gezielte Einsatz der zur Neuen Regionalpolitik bleibt damit ein wichtiger Teil der bernischen Wirtschaftspolitik.

## **An den Grossen Rat**

---

<sup>2</sup> RRB 1063 vom 22. Juni 2011

<sup>3</sup> RRB 0039 vom 13. Januar 2010

<sup>4</sup> RRB 1103 vom 29. Juni 2011